

Finanzdelegation
der
eidg. Räte

31/14

Délégation parlementaire
des
finances

S i t z u n g

S é a n c e

Donnerstag, den 12. Juni 1941
um 15 Uhr.

du jeudi 12 juin 1941,
à 15 heures.

Anwesend die HH. Nationalräte

Sont présents MM. les conseillers nationaux

Seiler, Scherrer und Müller-Biel

sowie die HH. Ständeräte

ainsi que MM. les députés au Conseil des Etats

Bolla, Egli und Loepfe

Vorsitz) Herr Seiler.
Présidence)

T r a k t a n d e n :

O r d r e d u j o u r :

1. Clearingfragen
2. Kriegstransportamt
3. Unvorhergesehenes

- 1° Questions de clearing
- 2° Office de guerre des transports
- 3° Imprévu

T r a k t a n d u m 1.

T r a c t a n d u m 1.

Der Vorsitzende begrüsst Herrn Bundespräsident Dr. Wetter,
Vorsteher des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes, und
erteilt ihm das Wort zur Auskunftgabe über Clearingfragen.

Herr Bundespräsident Dr. Wetter weist einleitend darauf hin,
dass es der Bundesrat für richtig hält, der Finanzdelegation der
eidgenössischen Räte einige ausserordentliche Mitteilungen mit Be-
zug auf die Clearingabkommen mit Deutschland und Italien zu machen.
Bei der Behandlung der Staatsrechnung für das Jahr 1940 im Schosse
der Finanzkommissionen wurden bereits Andeutungen gemacht, sodass
vorausgeahnt werden konnte, was noch kommen werde; die Verhält-



- 2 -

nisse waren aber in jenem Zeitpunkt noch zu wenig abgeklärt, sodass genaue Angaben nicht gemacht werden konnten. Heute ist nun die Sache soweit gediehen, dass die zuständigen Kreise des Parlaments über diese Fragen aufgeklärt werden können, in der Meinung, es werde sich dann zeigen, welcher Weg eingeschlagen werden müsse. Es handelt sich nämlich um Fragen, die nicht ein einzelnes Departement allein, sondern den ganzen Bundesrat betreffen. Dabei bitte ich Sie bei der Behandlung dieser Fragen alle Diskretion walten zu lassen, weil die Verhandlungen noch im Gange sind. Die Sache verhält sich nun so, dass sie über den Rahmen eines normalen Clearingverkehrs hinausgeht. Der Warenaustausch wird nicht mehr mit Geld bezahlt, sondern mit Waren. Was Deutschland aus der Schweiz importiert, wird bei der Reichsbank bezahlt, während die schweizerischen Zahlungen für deutsche Lieferungen bei der Nationalbank erfolgen. Nach diesem Grundsatz sollten sich Ein- und Ausfuhr eigentlich ausgleichen, was aber nirgends eingetreten ist. Erschwerend kam beim deutsch-schweizerischen Clearing hinzu, dass die Kapitalzahlungen, welche Deutschland zu machen hat, in den Clearingzahlen inbegriffen waren, weil Deutschland erklärte, es könne ein Mehreres nicht zahlen. So entstand für unser Land die schwierige Aufgabe, den Kapitalverkehr auch noch in den Clearing einbeziehen zu müssen. In den letzten Jahren bereitete uns die Verteilung der im Clearingverkehr einbezahlten Beträge mannigfache Schwierigkeiten, weil es ausserordentlich schwer hielt alle Interessen in Einklang zu bringen. Es war eine Art "Quadratur des Zirkels". Bis zum Kriegsausbruch wickelte sich der Clearingverkehr auf dieser Basis ab. Wenn schweizerischerseits zuviel exportiert wurde, stellten sich mit Bezug auf die Bezahlung Wartefristen ein, weil eben gewartet werden musste bis genügend Geld wieder eingezahlt wurde für Lieferungen aus Deutschland. Diese Erscheinung tritt nicht nur für den deutsch-schweizerischen Clearing ein, sondern auch für andere Länder, bei denen die Wartefristen schon 6 bis 7 Monate betragen haben. Für Deutschland traten auch Verzögerungen ein, aber nicht in diesem Ausmass. Diese Wartefristen bewirkten eine gewisse Zurückhaltung auf Seite der schweizerischen Exporteure, was sich aber für unser Land nachteilig auswirkte, weil die Produktion entsprechend eingeschränkt wurde, was vermehrte Arbeitslosigkeit mit sich brachte.

Rahmen des normalen Clearingverkehrs hineinsupassen und man musste die Sache mit in den Kauf nehmen. Es folgten aber weitere Verhand-

Nun kam der Krieg. Die schweizerische Industrie war an der Erstellung kriegswichtiger Produkte und Fabrikate (z.B. Seidenstoffe für Ballons, Metall- und Eisenfabrikate, Präzisionsindustrie, Herstellung moderner Waffen, versehen mit den feinsten Uhrwerken) beteiligt. Sie belieferte vor allem Frankreich und England, viel mehr als Deutschland. Die Zahlungen kamen eine Zeit lang regelmässig. Dann gerieten die französischen Zahlungen auch etwas in Verzug. England stellte das Begehren, es seien die Zahlungen für Materiallieferungen auf irgend eine Art vorzuschliessen. Ueber die Form dieser Operation wurde man aber nicht einig (Vorschuss von Staat zu Staat). Ein Clearingabkommen mit England bestand dazumal nicht. Dann kam der Zusammenbruch Frankreichs und die Exporte hörten auf. Die ganze schweizerische Produktion ergoss sich nach einer Seite, derjenigen der Achse, weil uns die andern Länder verschlossen waren. Für den Export von kriegswichtigen Dingen nach England bekommen wir die erforderlichen Geleitscheine nicht. Von Deutschland aber laufen nur ganz ungenügende Zahlungen ein, was neue Wartefristen verursachte. Deshalb kam das Begehren: Der schweizerische Export soll ohne Wartefristen vor sich gehen können. Mit andern Worten: Es wird exportiert und wenn der Stand des Clearing keine Zahlungen erlaubt, so soll die Schweiz das nötige Geld vorschliessen. Es handelt sich also nicht etwa um ein Darlehen an Deutschland oder direkt an den schweizerischen Export, sondern um eine ganz neue Art von Vorschüssen: vorausgenommene Zahlungen aus einer Kasse, in der kein Geld ist, die aber auf dem Wege des Clearing zu ihrem Guthaben kommt. Das ist das Prinzip. Deutschland und Italien haben sich auf den Standpunkt gestellt, dieser Vorschuss werde nicht ihnen gemacht, sodass sie ihn nicht schuldig sind. Die Lieferungen werden bezahlt; zeitlich tritt aber eine Verzögerung ein, weil der Export aus Deutschland oder Italien zu klein ist. Am Anfang haben sich diese Vorschüsse in kleinem Rahmen bewegt, sodass keine besondere Mitteilung nötig war. Im ersten Abkommen mit Deutschland ging man auf 124 Millionen Franken; das war nichts besonderes, hatten doch die früheren Vorschüsse 40 bis 80 Millionen Franken erreicht. Deutschland hatte sogar einmal ein Guthaben von 40 Millionen Franken. Für Italien waren Vorschüsse bis auf 75 Millionen Franken vorgesehen. Das alles schien in den Rahmen des normalen Clearingverkehrs hineinzupassen und man musste die Sache mit in den Kauf nehmen. Es folgten aber weitere Verhand-

lungen: Deutschland verlangte zunächst die Erhöhung des Vorschusses auf 350 Millionen und Italien auf 150. Heute verhandelt man über Vorschüsse von 850 Millionen für Deutschland und 150 Millionen für Italien. Die Frage ist nun die: Besteht für eine solche Bevorschussung des Clearings eine Notwendigkeit? Es ist klar, dass diese Vorschüsse einmal zur Auswirkung kommen. Die ganze Aktion dient dazu, die schweizerische Industrie zu beschäftigen. Würden die Bestellungen ausbleiben, so hätten wir eine entsprechend grössere Arbeitslosigkeit. Es ist also Arbeitsbeschaffung. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Betrachtungsweise richtig, arbeiten doch die Arbeitnehmer in ihrem Berufe und nicht auf der Strasse. In erster Linie handelt es sich um Arbeitsaufträge für die Maschinenindustrie inkl. alle Zubehör, welche sich auf das ganze Gebiet vom Bodensee bis zum Genfersee verteilen. Es werden nicht nur grosse Betriebe, sondern viele Kleinbetriebe berücksichtigt, auch wenn eine besondere Firma grosse Aufträge erhalten hat. Durch Unteraufträge aber, wird die Arbeit auf den grössten Teil des Landes verteilt. Das ist das wirtschaftliche Moment dieser Operation.

Es gibt aber noch ein aussenwirtschaftliches Moment. Um es richtig beurteilen zu können, muss man mit Bezug auf die Situation, in der wir uns befinden im Klaren sein. Export und Import haben Blockade und Gegenblockade zu passieren, d.h. es kommt in die Schweiz nichts herein und es geht nach dem Ausland nichts hinaus, das nicht von beiden kriegführenden Gruppen kontrolliert würde. Hat England die erforderlichen Navicerts erteilt, so muss noch um die Erlaubnis der Achsenmächte nachgesucht werden und umgekehrt. Dabei geziemt es sich, die freundschaftliche Behandlung welche uns von Italien zu Teil wird, anzuerkennen. Italien hat uns mit Bezug auf die Benützung seiner Häfen und seines Transportmaterials unterstützt und zwar in Zeiten, in denen es diese Mittel selber hätte benützen können. Abgesehen von den Waren, die über Italien in unser Land kommen, ist die Einfuhr von Deutschland ebenso wichtig, sind wir doch in Bezug auf Kohle und Eisen ausschliesslich auf dieses Land angewiesen. Es muss auch anerkannt werden, dass Deutschland uns das gleiche Quantum Kohle liefert wie vor dem Krieg. Die Einschränkungen, welche auf diesem Gebiet vorgenommen werden mussten, sind nicht auf mangelnde Lieferungen aus Deutschland zurückzuführen, diese Transportfragen (Eisenbahn, Schiffe) lösen zu können. Wir

sondern auf den Ausfall von Kohle aus den andern Staaten für die Deutschland nicht in die Lücke treten konnte. Was die Eisenlieferungen anbetrifft, ist zunächst darauf aufmerksam zu machen, dass das zugelassene Kontingent für unsern freien Bedarf sowie für den Export nach Uebersee benützt werden kann und nicht etwa für Lieferungen nach Deutschland bestimmt ist. Für diese Lieferungen werden nämlich zusätzliche Kontingente bewilligt. In wirtschaftlicher Beziehung sind wir also ganz abhängig von der Achsengruppe. Das ist das tragische der Situation in der wir uns befinden und deswegen ist eine gewisse Vorsicht am Platze. Es könnten auf einmal die Kohlenlieferungen aussetzen und zwar aus plausiblen Gründen. Denken wir nur an die unzähligen Truppentransporte kreuz und quer durch Europa, an die gewaltige Inanspruchnahme des Rollmaterials usw. Es braucht eigentlich guten Willen, um dazu noch die Kohlentransporte sicherzustellen. Wenn wir für diese Lage kein Verständnis aufbringen, so kann Deutschland dieses Argument spielen lassen und die Kohleneinfuhr bleibt 8 - 14 Tage unterbunden. Das haben wir schon mit der Benzinzufuhr erfahren. Man muss also mit Bezug auf unsere Abhängigkeit auf diesem Gebiet im klaren sein, um die Frage beurteilen zu können, ob das gewaltige Opfer, das wir bezüglich der Clearingbevorschussung bringen, gerechtfertigt ist oder nicht. Dazu kommt, dass der Bundesrat keine Garantien hat, wann Geld oder Waren hereinkommen. Es handelt sich eigentlich um einen Wechsel auf Ende 1942, wobei nicht bekannt ist, was die Friedensverhältnisse alles bringen werden. Im Verlaufe der Verhandlungen bezüglich der Erhöhung des Clearingvorschusses sind schweizerischerseits Gegenforderungen gestellt worden (bessere Belieferung von Kohle und Eisen, Erleichterungen auf dem Gebiete der Geleitscheine insbesondere für die Uhrenwerke, welche nun freigegeben wurden). Wir erwarten daher eine Verbesserung der Versorgung unseres Landes und eine Erleichterung unseres Exportes nach andern Staaten, was unsere Unabhängigkeit besser garantieren würde. Es ist noch zu sagen, dass die Erhöhung des Vorschusses nicht auf einmal erfolgt, sondern es sind verschiedene Etappen vorgesehen (halbjährliche Zunahme, so z.B. 450 Millionen bis Ende 1941).

Es gibt noch ein drittes Land mit dem auch ein Abkommen getroffen werden musste: Nämlich Spanien. Das war notwendig um gewisse Transportfragen (Eisenbahn, Schiffe) lösen zu können. Wir

haben 8 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt, welche mit Frachtleistungen zurückbezahlt werden sollen. So sieht die Lage aus, von der ich Ihnen Kenntnis geben wollte.

Der Vorsitzende verdankt diese Mitteilungen und erteilt das Wort Herrn Bundesrat Stampfli:

Herr Bundesrat Stampfli: Die Sache ist nicht von heute auf morgen gekommen, sondern die Verhandlungen gehen auf 6 Monate zurück. Im letzten Abkommen waren die Vorschüsse auf 150 Millionen Franken beschränkt. Deutschland wünschte eine Erhöhung dieses Betrages um 300 Millionen zur Finanzierung von Lieferungen. Zeitlich hätte die Erhöhung auf 200 Millionen bis Ende 1941 beschränkt werden sollen. (Rest Ende September 1942). Der Bundesrat hat zunächst versucht eine Regelung für das Jahr 1941 zu erhalten und als Gegenleistung eine Erhöhung der Kohlenlieferungen von 1,7 auf 2,7 Millionen Tonnen verlangt. Auch das Eisenkontingent hätte erhöht werden sollen. Im Verlaufe der Verhandlungen teilte der Vertreter Deutschlands (Hr. Hemmen) mit, die Bedürfnisse Deutschlands seien eigentlich viel grösser, Deutschland müsse einen neuen Kredit von 317 Millionen Franken haben. Man hat dann hin und her verhandelt. Was die Gegenleistungen betrifft, erklärte Hemmen eine Erhöhung des Kohlenkontingents auf 2,7 Millionen Tonnen sei ausgeschlossen. Schliesslich erklärte man sich damit einverstanden auf der Basis von 300 Millionen Franken weiterzuverhandeln. Es wurde sogar ein Protokoll unterzeichnet. Deutschland hielt sich nicht an diese Abmachung und bezeichnete diesen Vorschuss als ungenügend, weil sich dadurch der Clearing nicht flexibel genug gestalten würde. Die Erhöhung der Limite würde Deutschland erlauben, bei der Aufgabe von Bestellungen freier zu disponieren. Es wurde daher eine Erhöhung auf 600 Millionen verlangt. Wir betrachten dieses Verlangen als eine unmögliche Zumutung insbesondere nach der Unterzeichnung des Protokolles (300 Millionen). Die Angelegenheit hat sich dann hinausgezögert bis in den Monat April hinein. Inzwischen hat Deutschland allerlei Massnahmen ergriffen, die als Repressalien betrachtet werden könnten. (Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs zwischen Genf und Bellegarde, Verkehrsunterbrechungen im Osten). Damit wollte uns Deutschland zeigen, dass es mit uns unzufrieden war. Es folgten vertrauliche Besprechungen (Fühlungnahme mit den Kreisen der Industrie, der Wirtschaft, der Finanz und der Nationalbank).

Alle Stellen waren der Meinung, man werde nicht darum herumkommen, wenn vermieden werden wolle, dass die Schweiz von den übrigen Ländern abgeschnitten werde. Es müsse also ein Schritt weitergegangen werden. Wir schickten unsere Vertreter nach Berlin um die Verhandlungen, welche inzwischen durch die Gesandtschaft geführt worden waren, weiterzuführen. Es stellte sich aber bald heraus, dass hinter den Begehren Deutschlands die Wehrmacht stand. Es ging nicht mehr um die 600 Millionen, sondern Deutschland steigerte seine Forderung auf 850 Millionen! Für unsere Vertreter (HH. Hotz und Homberger) waren keine Zweifel mehr vorhanden, dass die Schweiz die 850 Millionen auf den Altar des Vaterlandes legen müsse, wollte man weitergehende Repressalien verhindern. Offiziös hat man unsere Unterhändler wissen lassen, dass eben auch die Schweiz der neuen politischen Situation Rechnung zu tragen und ihrerseits einen Beweis dieses Willens zu erbringen habe. Andere Staaten haben so oder anders mitmachen müssen: Ungarn wurde als Durchgangsgebiet benützt, Rumänien musste sich in den Dienst von Deutschland stellen und Bulgarien wurde besetzt. Es ist klar, dass wenn wir nicht abgeschnitten werden wollen, wir in diesen sauren Apfel mitbeissen müssen. Unsere grosse Sorge ist die, wie London und Washington auf das in Aussicht genommene Abkommen reagieren werden. Im Interesse unserer Exportindustrien haben wir ausserordentlichen Wert darauf gelegt, die Ausfuhrmöglichkeiten nach einigen Staaten zu erweitern. Deutschland und Italien wollten das Geleitscheinssystem noch verschärfen und es auch auf alle Erzeugnisse der Präzisionsindustrie (Uhrwerke und Bestandteile usw.) ausdehnen. Wir konnten immerhin erwirken, dass die Uhrenwerke von der Sperrliste ausgenommen würden. Für andere Fabrikate konnten die Kontingente erhöht werden; einige Maschinen konnten auf der Liste der Geleitscheinpflichtigen Waren gestrichen werden. Wir erlangten auch die Zusicherung, dass man die von uns gecharterten griechischen Schiffe auf dem Atlantik zirkulieren lasse und die für uns bestimmten Transporte aus dem Balkan weiter führen werde. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass 37 Wagenladungen Benzin seit geraumer Zeit irgendwo zwischen Salzburg und der Schweizergrenze liegen geblieben sind; ferner wurden 10,000 Tonnen Güter aus Rumänien an der rumänischen Grenze nicht abgenommen, was gegenüber sind wir dazu gekommen den Vorschuss von 850 Millionen zu bewilligen unter den Bedingungen, die ich Ihnen genannt habe.

alle internationalen Abmachungen verstösst. Das gleiche ist zu sagen von Gütern aus Russland, die durch Deutschland nicht transitieren konnten. Ueber alle diese Fragen muss weiter verhandelt werden. Gestützt auf diese Ueberlegungen wurde die schweizerische Delegation ermächtigt die Verhandlungen fortzusetzen. Das soll im Verlaufe der nächsten Wochen in Bern geschehen. Es konnten bis jetzt einige Vorteile erreicht werden: 1. Das abzuschliessende Abkommen soll bis Ende 1942 Geltung haben; 2. Die Kohlenlieferungen werden auf 200,000 Tonnen im Monat erhöht, was gegenüber früher eine Erhöhung von $\frac{1}{3}$ ausmacht (2,4 Millionen Tonnen statt 1,7 Millionen); 3. Wir hatten 15,000 Tonnen Eisen je Monat verlangt, zugestanden wurden 13,500 Tonnen und dazu das für Lieferungen an Deutschland erforderliche Eisen (in der Hauptsache für Kriegsmaterial). Italien, dessen Vorschuss auf 75 Millionen Franken begrenzt war, ist auch an uns herangetreten und hat eine Erhöhung auf 150 Millionen verlangt. Auch da haben wir uns Gegenleistungen zusichern lassen: Es war beabsichtigt alle in Süd-Italien niedergelassenen Fremden zu evakuieren; hier hat Italien für die Schweizer eine Konzession gemacht und man ist mit Bezug auf eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen entgegengekommen (Lieferung wichtiger Rohstoffe wie Pyrit, Tonerde für Aluminiumprodukte und besondere Zusicherung, dass man sich bezüglich der Handhabung des Geleitscheinsystems der von Deutschland angenommenen Ordnung anschliessen werde). Im Verlaufe der Verhandlungen wurde von Seiten der Vertreter der Achse darauf hingewiesen, dass das in Aussicht genommene Abkommen den Wünschen unseres Parlaments betreffend Landesversorgung und Arbeitsbeschaffung entspreche. Man kann daraus ersehen, wie solche Aeusserungen vom Ausland gegen uns verwertet werden können. Rückblickend fragt man sich auch, ob es klüger gewesen wäre, wenn auf das erste Gesuch um Erhöhung des Vorschusses auf 300 Millionen Franken eingetreten worden wäre? Mehr Kohle war von Deutschland nicht zu bekommen, weil das Reich auch andere Länder mit Kohle beliefern muss. Es ist deshalb nicht in der Lage uns jetzt schon zusätzliche Lieferungen an Kohle zuzusagen. Im Jahre 1942 sollen indessen grössere Kohlenmengen geliefert werden, um eine raschere Amortisation des Vorschusses zu ermöglichen. Im Interesse der Landesversorgung mit wichtigen Gütern sind wir dazu gekommen den Vorschuss von 850 Millionen zu bewilligen unter den Bedingungen, die ich Ihnen genannt habe.

Der Vorsitzende verdankt Herrn Bundesrat Stampfli seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion. Es ist betont worden, das Eingehen auf die Forderungen Deutschlands und Italiens stütze sich auf wirtschaftliche Notwendigkeiten. Welches ist dabei das Interesse der deutschen Wehrmacht? Es wird auch gesagt, Deutschland rege sich über unsere Rüstungen auf und wolle deshalb nicht mehr Eisen liefern als es sich verpflichtet habe. Sind die Preise für die Kohlen- und Eisenlieferungen garantiert? Wie stellt sich das Problem der Geldbeschaffung in währungspolitischer Hinsicht? Welches wären die Konsequenzen einer Ablehnung der Achsenforderungen?

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass ein waadtländischer Staatsrat erklärt hat, Deutschland habe von der Schweiz ein Darlehen von einer Milliarde Franken verlangt. Gehört das nicht in das Kapitel der Gerüchtemacherei? Ferner wird behauptet, dass neben den Lieferungen von Kriegsmaterial auch Lieferungen von Schlacht- und Zuchtvieh verlangt werden. Im andern Lager werden diese Vorschüsse den Gedanken erwecken, die Schweiz sei ganz in die Abhängigkeit der Achsenmächte geraten. Nach den gegebenen Erklärungen würde eine solche Behauptung nicht zutreffen, haben doch die Achsenmächte die Liste der nicht begleitpflichtigen Waren erweitert. Die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre auf die erste Forderung von 300 Millionen Franken einzutreten, ist nach den gemachten Erfahrungen dahin zu beantworten, dass die späteren Forderungen kaum mässiger gestaltet worden wären. Deutschland wäre wieder gekommen. Nach all dem Gesagten muss festgestellt werden, dass der Bundesrat im Interesse des Landes nicht anders handeln konnte.

Herr Loepfe: Welche Folgen wird die Bewilligung dieser Milliarde für unsere Währung haben? Als Präsident einer Bank konnte ich feststellen, dass die Spareinlagen immer kleiner werden. Im Volke habe ich auch von dieser Milliarde sprechen hören; man stösst aber nicht auf Widerspruch, denn man ist sich bewusst, dass man sonst bezüglich der Arbeitslosigkeit bittere Erfahrungen machen würde. Das Problem hat eben auch eine innenpolitische Seite. So schwer es fällt einen Staat zu unterstützen der finanziell pleite ist, so müssen wir es doch tun, sonst können wir mit unserer Armeeausrüstung nicht vorwärts machen. Wir sind gebunden. Es fragt sich aber welche Rückwirkungen unser Verhältnis zu den

Achsenmächten haben wird? Der Bundesrat tut gut so zu handeln wie er es getan hat. Ein Vorteil liegt ja darin, dass unser Export erweitert werden kann. Wir können nur wünschen, dass das Abkommen raschestens unterzeichnet werde. Der Bundesrat befindet sich in einer Zwangslage; das ist seine Entschuldigung, wenn er nun eine Milliarde im Interesse des Landes ausgibt.

Herr Scherrer: Das Volk hat geahnt, dass wir unsern Tribut an den Krieg werden leisten müssen. Trotz seiner Schwere gibt uns das Abkommen die Möglichkeit nach Aussen unsere Neutralität zu halten und von den übrigen Ländern nicht abgedrosselt zu werden. Im Hinblick auf die grossen Lasten welche auf uns drücken, möchte ich zwei Fragen stellen: 1. Hat man nicht den Eindruck, dass gegenwärtig zuviel Militär mobilisiert ist? Die Leute stehen herum und fragen sich wozu sei eigentlich dasind. Die Stäbe haben nichts zu tun. Eine Einschränkung des Aufgebotes würde unsere Finanzen entlasten und gestatten, die Leute an die Betriebe zurückzugeben. Nachdem mit Deutschland ein Abkommen getroffen wird, dürfte man füglich das Aufgebot reduzieren. 2. Hat man nicht den Eindruck, dass unser Rollmaterial ausserordentlich stark in Anspruch genommen ist? Hat man die nötigen Vorkehrungen für seine Erneuerung im Hinblick auf die Betriebssicherheit getroffen? Im übrigen halte ich dafür, dass der Bundesrat nicht anders handeln konnte; wir müssen ihm Dank sagen, dass es ihm gelungen ist, den Grundsatz unserer Freiheit zu wahren.

M. Bolla: Les exposés qui nous ont été faits sont d'une clarté telle qu'ils n'appellent aucune autre explication. A mon avis, nous ne saurions proposer d'autre solution. Je voudrais cependant poser une question à M. le Président de la Confédération qui a tenté de justifier l'opération au point de vue juridique en nous disant: La Suisse n'avance pas l'argent à un Etat, mais au Clearing. Cela peut avoir une certaine valeur vis-à-vis des Alliés, mais c'est une fiction, car le peuple ne comprend pas cette différence. Dès lors, ne vaudrait-il pas mieux abandonner cette justification juridique et appeler les choses comme elles sont? Il s'agit d'une convention qu'on nous impose

dans un état de nécessité, d'une convention que nous devons accepter par contrainte. Cette justification devrait résulter du protocole. Dans quelques années, cette opération sera critiquée. Or, il importe que l'on fixe exactement les conditions dans lesquelles il a fallu souscrire cette convention. A cet égard, les déclarations des représentants du Conseil fédéral sont des plus complètes.

Je voudrais reprendre la dernière suggestion formulé par M. Scherrer au sujet des frais de mobilisation. Ce matin, à l'occasion de la discussion du Compte d'Etat, M. le Président de la Confédération a terminé son exposé en insistant sur la nécessité de faire des économies, dans l'Armée également. Je voudrais que cette suggestion soit entendue de toutes les instances auxquelles elle était adressée. Je me demande aussi, si étant donné les sacrifices que nous sommes appelés à faire sur l'autel de la Patrie, nos regards ne devraient pas se porter de ce côté-là et s'il ne conviendrait pas d'étudier la possibilité de réduire les frais de mobilisation qui constituent une charge telle pour le pays qu'on s'en préoccupe dans beaucoup de milieux. Le 17 juin, on mobilise au Tessin tous les mobilisables, soit 12,000 hommes. De tous côtés, j'ai entendu faire les réserves les plus expresses au sujet de cette mobilisation qui intervient juste au moment où il faudrait travailler les champs. Cette mobilisation prive l'agriculture, l'industrie et l'administration d'un personnel dont elles ont absolument besoin. Des gens, dont le sentiment patriotique ne laisse rien à désirer, commencent à douter de la justification de certaines dépenses militaires, car ils se demandent, étant donné la situation actuelle - qui n'est pas celle de l'année dernière -, s'il n'y a pas moyen de faire des économies. M. le Président de la Confédération nous a dit que c'est là une des armes qui se retourne contre nous dans les négociations avec les délégués allemands: Lorsque nous faisons remarquer que nous sommes un pays pauvre, on nous rétorque que tel n'est pas le cas du moment que nous avons le moyen de nous offrir une mobilisation qui a coûté ^{plus de} 2 milliards jusqu'ici. La mobilisation dans son ampleur actuelle ne saurait être continuée sans grand danger pour nos finances. Dès lors, cette question devrait être examinée. Il faut avoir le courage d'examiner à fond ce problème étant donné la situation nouvelle créée par les accords commerciaux.

Herr Seiler: Ueber die Form der Erledigung dieses Geschäftes scheint noch nicht volle Klarheit zu herrschen. Im Grunde genommen handelt es sich um einen Bundesratsbeschluss. Sollte das Abkommen nicht der Vollmachtenkommission vorgelegt werden?

Herr Bundespräsident Wetter: Bezüglich der Geheimhaltung ist darauf hinzuweisen, dass es nicht klug ist in der Oeffentlichkeit über Fragen zu sprechen, die noch Gegenstand von Verhandlungen sind. Das war bis heute der Fall. Sollten Sie aber falsche Darstellungen hören, so bitte ich Sie entschieden dagegen aufzutreten und falsche Auffassungen zu korrigieren. - Besonders wichtig ist, dass Deutschland nie politische Forderungen gestellt hat (Abrüstung, Einstellung der Befestigungsbauten, usw.) Es ist gefragt worden, ob uns das Abkommen nicht währungspolitisch grosse Sorgen bereitet, gilt es doch eine Milliarde mehr zu beschaffen als sonst, wenigstens für den Staat. Ich glaube nicht, dass uns die Beschaffung dieser Mittel grosse Sorgen bereiten wird. Solange die Geldflüssigkeit anhält, wird es möglich sein, Gelder kurzfristig oder langfristig zu mässigem Zinsfuss zu beschaffen. Eine andere Frage ist die, ob diese Operation nicht inflatorischen Charakter haben wird. Es ist aber zu beachten, dass dadurch nicht viel mehr Geld in Zirkulation kommt. Die grossen Profite aus Kriegsgewinnen kommen zum Teil der Bundeskasse zu gut. Vorläufig besteht keine Inflationsgefahr. Sie könnte aber eintreten, wenn die Produktion forciert und hohe Löhne bezahlt werden sollten. Es ist deshalb wünschenswert, dass wir nicht zu einer Art Hochkonjunktur übergehen. Solange die Verhältnisse bleiben wie sie sind, ist die Situation nicht gefährlich. - Ueber die Konsequenzen einer Ablehnung der deutschen Forderungen können wir uns nicht positiv äussern, weil wir dabei auf Mutmassungen angewiesen sind. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Kohlenlieferungen ausbleiben würden. Das Ausfallen der Kohlenzüge würde bei uns eine grosse Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Was nachher kommt, weiss ich nicht. Aber nach 6 Monaten müssten wir vielleicht nachgeben. Wir müssten alsdann nicht nur das schlucken was heute offeriert wird, sondern noch anderes mehr. Das wären Demütigungen, die wir uns nicht gefallen lassen müssen, wenn wir die Verhandlungen, welche nur den wirtschaftlichen Sektor betreffen, fortsetzen. - Ueber die Abrüstungsfrage kann ich folgendes sagen: Ich habe den Spar-

ruf im Ständerat nicht umsonst ertönen lassen und halte deshalb dafür, dass die Frage des Umfanges des Aufgebotes geprüft werden muss,

Herr Bundesrat Stampfli: Die Preise für die Kohlenlieferungen sind noch nicht festgesetzt; wir werden aber darauf dringen, dass keine Preiserhöhung eintritt. - Bezüglich der Eisenzufuhr wird uns entgegengehalten: "Wozu braucht Ihr eigentlich so viel Eisen, in Deutschland baut man seit geraumer Zeit nicht mehr mit Eisen!" Herr Scherrer hat auf die Abnützung des Rollmaterials hingewiesen und damit die Frage angeschnitten, ob nicht mehr Eisen erhältlich wäre. Der Eisenbedarf für die Erneuerung unseres Rollmaterials geht in das Kontingent hinein. Zusätzliche Lieferungen sind ausgeschlossen. - Ueber die Lieferung von Schlacht- und Zuchtvieh ist noch nicht verhandelt worden. Bis jetzt standen die Lieferungen von Kriegsmaterial und Maschinen im Vordergrund. - Bezüglich der Rückwirkungen des Abkommens in England und Amerika werden wir uns mit unsern Gesandtschaften in London und Washington in Verbindung setzen. Wir werden sie instruieren, dass im Abkommen eine erhöhte Belieferung dieser Länder durch die Schweiz eingehandelt werden konnte. Durch rechtzeitige Fühlungnahme mit den Regierungen dieser Länder werden wir die Wirkung des Abkommens abzuschwächen versuchen. Am 25. Mai 1941 waren die Kohlenlieferungen aus Deutschland beendet. Der Ausfall der Kohlenzüge aus dem Fahrplan war bereits vorgesehen. Sie wurden aber aufrechterhalten, sobald bekannt wurde, dass wir der Erhöhung des Vorschusses an den Clearing grundsätzlich zustimmten. Hätten wir diese Zusage nicht gegeben, so wären wir in eine Situation gekommen, die uns vielleicht bald gezwungen hätte Deutschland auf den Knien zu ersuchen, seine Repressalien aufzuheben. Wir haben indessen Wert darauf gelegt, dass wieder Zahlungsfristen festgesetzt werden, womit eine Verlangsamung des Anwachsens der Clearingschuld erreicht wird. Vorgesehen ist folgende Staffelung bezüglich des Clearing-Vorschusses: Bis Ende 1941 = 450 Millionen, bis Mitte 1942 = 650 Millionen und bis Ende 1942 = 850 Millionen Franken.

Der Vorsitzende verdankt diese Mitteilungen und stellt fest, dass keine anderen Fragen mehr gestellt werden. Die Finanzdelegation nimmt von diesen Mitteilungen Vormerk.

M. Bolla: On pourrait faire quelque chose de plus et pas seulement prendre acte des communications qui ont été faites. La discussion a montré que tout le monde est d'accord. Il faut déclarer que de l'avis unanime de la Délégation, on considère que le Conseil fédéral se trouve dans une situation de nécessité telle qu'il ne pouvait envisager d'autre solution.

Die Herren Scherrer, Loepfe und Müller unterstützen den Vorredner und halten dafür, dass gesagt werden soll, die Finanzdelegation nehme in zustimmendem Sinne Kenntnis von den Mitteilungen des Bundesrates.

Herr Seiler bemerkt dieses Vorgehen sei ihm nicht ganz klar.

Herr Bundesrat Stampfli regt an zu sagen, die Finanzdelegation sei einverstanden, dass die Verhandlungen mit Deutschland auf der Grundlage fortgesetzt werden, welche der Bundesrat gekennzeichnet hat.

Zustimmung.

Adhésion.

(Herr Bundespräsident Wetter verabschiedet sich von der Delegation).

T r a k t a n d u m 2.

T r a c t a n d u m 2.

Der Vorsitzende teilt Herrn Bundesrat Stampfli mit, dass sich die Finanzdelegation mit den Seetransportfragen befasst hat. Im Ständerat hat Herr Wenk die bisher bezahlten Liegegelder für die gecharterten Schiffe auf 20 Millionen Franken beziffert. Wäre es nicht vorteilhafter gewesen wenn man von Anfang an Schiffe gekauft hätte? Wie steht es nun mit dem Betrieb der dem Bunde gehörenden Schiffe?

Herr Bundesrat Stampfli teilt mit, er habe Herrn Matter, Chef des Kriegstransportamtes den Auftrag gegeben, die von Herrn Wenk aufgeworfene Frage gemeinsam mit der eidgenössischen Finanzkontrolle zu prüfen. Dabei ist aber darauf aufmerksam zu machen, dass es schwer hält eine Vergleichsbasis zu bekommen. Der Bericht wird deshalb nur hypothetischen Charakter haben. Bezüglich des Betriebes ist zu sagen, dass er einer Firma in New York über-

- 15 -

tragen wurde, weil schweizerische Unternehmungen keine genügenden Verbindungen haben und über kein konstantes Personal verfügen.

Der Vorsitzende ersucht Herrn Bundesrat Stampfli dafür besorgt sein zu wollen, dass der gewünschte Bericht bis 30. Juni 1941 erstattet werde.

T r a k t a n d u m 3.

T r a c t a n d u m 3.

Die Frage der Gehälter der Bundesräte sollan der nächsten Sitzung erörtert werden.

La question de la rémunération des conseillers fédéraux sera discutée au cours de la prochaine séance.

Schluss der Sitzung um 16 Uhr 30.

Der Protokollführer:
Le secrétaire,

Ruedi

Bern, den 16. Juni 1941.

Dieses Protokoll ist ausgefertigt in drei Exemplaren, A, B und C

Erklärungen von Herrn Bundesrat Stampfli, Vorsteher des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, im Schosse der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte in der Sitzung vom 2. Juli 1941.

Der Vorsitzende (Herr Seiler) ersucht Herrn Bundesrat Stampfli, die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland orientieren zu wollen

Herr Bundesrat Stampfli: Das in der Sitzung der Finanzdelegation vom 12. Juni 1941 besprochene Abkommen mit Deutschland konnte noch nicht abgeschlossen werden, weil einige Fragen von sekundärer Bedeutung vorerst noch gelöst werden müssen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Regelung der Ausfuhr über die französische Grenze; die Uhrenindustrie^{ist} in erster Linie daran beteiligt. Deutschland wollte die Ausfuhr lediglich über Basel gestatten, was im Hinblick auf den westschweizerischen Verkehr Portugal - Amerika unerträglich war. Wir haben darauf gehalten, dass der Weg über Genf offen bleibt. Gestützt auf Weisungen der Wehrmacht soll die Kontrolle für geleitpflichtige Waren auf Schweizergebiet (La Plaine) von deutschen und nicht von französischen Organen vorgenommen werden. Die Linie St. Gingolph - Annemasse, sowie die Strassen ^{würden} für diese Waren gesperrt. Der Bundesrat sah sich genötigt, ein Verbot für Warensendungen mittels Briefpost auszusprechen, weil die Vorschriften betreffend geleitpflichtige Waren über diesen Weg umgangen wurden. Wir haben zwar von Deutschland die Zusicherung erhalten, dass Uhrwerke nicht geleitpflichtig seien, die gleiche Zusicherung wurde aber mit Bezug auf gewisse in der Uhrenindustrie erstellte Bestandteile nicht abgegeben. Wir können uns mit der Sperrung des Strassenverkehrs, der im Grenzverkehr eine unerträgliche Störung bringen würde, nicht einverstanden erklären. Wir werden alles versuchen, um unsere Interessen zu wahren. Unsere Delegation begegnet zwar den allergrössten Schwierigkeiten, sodass die erhoffte Verständigung noch nicht erreicht werden konnte. Es sind auch noch einige Fragen, welche insbesondere das Versicherungs- und Bankgeschäft in Belgien, Dänemark und Holland betreffen, zu ordnen. In den Hauptpunkten

aber sind wir einig. Sobald die Modalitäten der Ausfuhr auf dem Gebiete der Uhrenindustrie festgelegt sind, kann das Abkommen unterzeichnet werden.

Der Vorsitzende verdankt diese Mitteilungen. Wie steht es aber mit der Reaktion auf Seite der Alliierten?

Herr Bundesrat Stampfli: Wir haben die Reaktion erwartet. Der englische Gesandte ist beim Politischen Departement bereits vorstellig geworden. Er hat durchblicken lassen, dass sich England die Frage der Versorgung unseres Landes überlegen werde. Die Nahrungsfrage werde keine Schwierigkeiten bieten. Bezüglich der Versorgung mit Rohstoffen, müsse England darauf sehen, dass Deutschland nicht auf dem Umweg über die Schweiz versorgt werde. Es kann also festgestellt werden, dass uns England bezüglich der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern nicht abschneiden will, während die Situation für die Industrie noch im Ungewissen ist. Das ist eine unerfreuliche Reaktion; wir werden deshalb sehen müssen, wie man auf England beruhigend wirken kann. Es ist nicht zu verleugnen, dass wenn die Einfuhr von Rohstoffen aus England gestoppt wird, gewisse Zweige unserer Wirtschaft in eine schwierige Lage geraten werden. So sehr der Bundesrat diesen Zweigen helfen möchte, so muss er indessen die Interessen der Allgemeinheit im Auge behalten.

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass in der letzten Sitzung, wo diese Frage zur Behandlung kam, der geheime Charakter jener Mitteilungen unterstrichen wurde. Es stellt sich nun heraus, dass man in der Oeffentlichkeit von dieser Sache spricht und zwar in einer Weise, die zur Feststellung berechtigt, dass man sich bei den Instanzen, welche über diese Frage begrüsst werden mussten, nicht überall an das Geheimnis gebunden fühlte. Es werden aber auch andere Massnahmen mit den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen in Verbindung gebracht. So z.B. wird behauptet, die Rücknahme der 2. Division in die Reduitstellung sei auf einen Druck aus Deutschland zurückzuführen. Solchen Behauptungen sollte entgegengetreten werden. Ich vermute, es bestehe eine gewisse Absicht hinter diesen Gerüchten; auf alle Fälle sind solche Machenschaften dazu ange-

- 3 -

tan , Beunruhigung zu schaffen.

Herr Egli ist durch den schleppenden Gang der Wirtschaftsverhandlungen nicht befriedigt. Müssen wir nicht riskieren, dass Deutschland seine Forderungen noch höher ansetzt. Man sollte deshalb danach trachten, rasch zu einem Abschluss zu kommen.

Herr Bundesrat Stampfli weist darauf hin, dass in Berlin eine günstige Atmosphäre vorhanden sei, allein die Verhandlungen werden vom Machtwort der Wehrmacht beeinflusst. Der Stand der Angelegenheit ist immerhin so, dass neue Pressionen nicht zu befürchten sind.

Der Vorsitzende wirft die Frage auf, wie das Schweizervolk über das zu erwartende Wirtschaftsabkommen mit Deutschland orientiert werden soll. Wie sage ich es meinem Kinde?

Herr Bundesrat Stampfli: Der Betrag des Vorschusses soll nicht genannt werden. Wir werden die Vorteile schildern und auf die wertvollen Zugeständnisse, welche uns gemacht wurden, aufmerksam machen, die schweizerischerseits auch Opfer verlangen. Bezüglich der Ausfuhr von Uhrenbestandteilen werden keine Schwierigkeiten entstehen, da eine gewisse Liberalität in der Handhabung der Vorschriften zugesichert ist. Für Chemikalien sind keine Geleitscheine notwendig; wir werden den Export noch heben können.

Herr Seiler möchte wissen, ob mit Bezug auf die Festsetzung der Kohlenpreise Abmachungen getroffen wurden.

Herr Bundesrat Stampfli verneint die Frage. Wir nehmen aber an, dass es bei den bisherigen Preisen bleiben werde.

Ausgefertigt in drei Exemplaren, A, B und C. Vertraulich.

Bern, den 7. Juli 1941.